

Österreich und 78 Staaten wehren sich gegen US-Sanktionen des IStGH!

Österreich und 78 weitere Staaten kritisieren die US-Sanktionen gegen den Internationalen Strafgerichtshof, gefährden so Völkerrecht und Menschenrechte.



New York, USA - In einer eindringlichen Erklärung haben 79 Staaten, darunter auch Österreich, die neuen US-Sanktionen gegen den Internationalen Strafgerichtshof (IStGH) scharf kritisiert. Diese Sanktionen, die am Donnerstag von US-Präsident Donald Trump angeordnet wurden, drohen nicht nur die Unabhängigkeit des Gerichtshofs zu untergraben, sondern erhöhen auch das Risiko der Straflosigkeit für schwerwiegende Verbrechen. Führende Politiker aus Ländern wie Slowenien, Luxemburg und Mexiko haben sich zusammengetan, um diese Vereinnahmung des Völkerrechts zu verurteilen. Als leidenschaftliche Unterstützer des IStGH drückten sie Bedauern über jeden Versuch aus, die Integrität des Gerichtshofs zu gefährden, wie [oe24.at](https://www.oe24.at) berichtete.

Trumps Entscheidung war nicht ohne Kontroversen, insbesondere da sie mit seiner Behauptung einhergeht, der IStGH habe seine Macht missbraucht, indem er Haftbefehle gegen israelische Führungspersonlichkeiten beantragt hat. Während das Gericht die Sanktionen als ungerechtfertigt zurückwies, feierte Israel Trumps Schritt als Meilenstein. Diese turbulenten Entwicklungen werfen auch Fragen zur zunehmenden Bedeutung von „Sanctions Compliance“ auf. Angesichts einer komplexen globalen Handelslandschaft und wachsender Spannungen müssen Unternehmen weltweit sicherstellen, dass sie den sich ständig ändernden Sanktionsregime entsprechen, um rechtliche und reputative Risiken zu minimieren. Wie [cms-hs-bloggt.de](https://www.cms-hs-bloggt.de) erklärt, sind gezielte Sanktionen nicht mehr nur allgemeine Handelsbeschränkungen; sie werden spezifischer und erfordern von Unternehmen eine präzise Implementierung von Compliance-Systemen, um allfällige Verstöße zu vermeiden.

Die Strafen für Nichteinhaltung dieser Auflagen sind drakonisch: Bei vorsätzlichen Verstößen drohen Freiheitsstrafen von bis zu zehn Jahren sowie hohe Unternehmensgeldbußen. Vor diesem Hintergrund müssen Firmen, besonders solche mit internationalen Verbindungen, ihre internen Richtlinien und Überwachungsprozesse dringend verstärken, um den Anforderungen der sich entwickelnden rechtlichen Rahmenbedingungen gerecht zu werden. Mit dem Ziel, den gesetzlichen Vorgaben und dem internationalen Druck zu entsprechen, wird die Bedeutung einer robusten Sanctions Compliance Strategie in den kommenden Jahren noch zunehmen.

Details	
Ort	New York, USA
Quellen	<ul style="list-style-type: none">• www.oe24.at• www.cms-hs-bloggt.de

Besuchen Sie uns auf: die-nachrichten.at